

Beschlussbuch UB-Parteitag 02. April 2022

Beschlüsse:

A01 Gute Arbeit in der klimaneutralen Wirtschaft – Bremen soll vorangehen

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

A02 Flächendeckend Tempo 30

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

A03 Die Glocke schützen

Antragsteller: OV Schwachhausen-Nord

**A04 Mehr Respekt für anstrengende Arbeit: Arbeitsbedingungen der
Paketzusteller:innen verbessern**

Antragsteller: OV Schwachhausen-Nord

A07 Finanzierung Pflege

Antragsteller: OV Hemelingen/ Sebaldsbrück

A08 Hygienecenter am Hauptbahnhof

Antragsteller: OV Altstadt-Mitte

A09 Erweiterung Gustav-Deetjen-Tunnel

Antragsteller: OV Schwachhausen-West

A10 Städtepartnerschaft mit Odessa

Antragssteller: OV Schwachhausen-West

A11 Naturschutz beachten und informieren

Antragsteller: OV Schwachhausen-Nord

A13 Kultur im HAG Quartier

Antragsteller: AG Jusos

A14 Meldesystem für Antisemitismus in Schulen

Antragsteller: AG Jusos

A15 Digitales Vergessen

Antragsteller: AG Jusos

A16 Kreislaufwirtschaft in Bremen

Antragsteller: AG Jusos

A17 Männer unterrichten nicht

Antragsteller: AG Jusos

A20 Buten un Binnen – Gewalt darf nicht gewinnen

Antragsteller: AG AsF

A21 Paritätische Liste bei Bürgerschaftswahlen

Antragsteller: AG AsF

A22 Finanzielle Absicherung der Erzieherausbildung

Antragsteller: AG AsF

A23 Atomenergie

Antragsteller: AK KUNaWi

A25 Pendler mit Werksbussen vom SPNV zur Arbeit

Antragsteller: AK KUNaWi

A26 Ressourcenverschwendung durch Kryptowährungen

Antragsteller: AK KUNaWi

Überweisungen an die Bürgerschaftsfraktion:

A18 Beseitigung E-Roller-Chaos

Antragsteller: AG 60plus

A24 StVO-konformes Parken und Quartiersgaragen

Antragsteller: AK KUNaWi

Gute Arbeit in der klimaneutralen Wirtschaft – Bremen soll vorangehen

Um den menschengemachten Klimawandel abzubremsen und in seinen negativen Folgen zu begrenzen, muss die Dekarbonisierung der Wirtschaft gelingen. Gleichzeitig muss das Versprechen des Pariser Klimaabkommens einer „Just Transition“ („Gerechter Übergang“) eingelöst werden: Klimaschutz muss Wohlstand und Beschäftigung sichern. Dafür steht die Sozialdemokratie.

Gerade für Bremen ist der Umbau der Wirtschaft eine besondere Herausforderung. Als Industrie und Handelsstandort, sowie als Zentrum der Automobil- und Raumfahrtindustrie sind zahlreiche Bremer Branchen unmittelbar betroffen. Die Antwort der Sozialdemokratie kann aber nicht Deindustrialisierung lauten, um kurzfristig Emissionen einzusparen. Zum einen würden entsprechende Produkte dann schlicht in anderen Regionen produziert. Zum anderen haben wir eine Verantwortung für die Beschäftigten in den betroffenen Branchen. Ein erfolgreicher Umbau der Wirtschaft auf nachhaltiger Basis wird die wohl größte wirtschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Während wir Unternehmen wie die Stahlwerke dabei unterstützen, ihr Geschäftsmodell klimaneutral umzubauen, zum Beispiel durch den Einsatz von grünem Wasserstoff, dürfen wir bei diesem Wandel auch die Beschäftigten nicht aus dem Blick verlieren.

Der Schlüssel zur Verbindung der beiden Herausforderungen „Dekarbonisierung“ und „Beschäftigungssicherung“ ist aus unserer Sicht Qualifizierung. Denn einerseits müssen bedeutsame Bremer Wirtschaftszweige auf dem Weg zur Klimaneutralität gigantische Investitionen stemmen (so etwa Stahlproduktion, Automobilbau, Luftfahrt). Infolgedessen werden sie Produktionsumstellungen vollziehen, denen einige bisherige Berufsbilder zum Opfer fallen. Andererseits erfordert das Gelingen der Dekarbonisierung erhebliche Fachkräftebedarfe, z.B. beim Ausbau der erneuerbaren Energien (Installation, Wartung, Recycling), der Wasserstoffwirtschaft als neuer Schlüsseltechnologie oder auch für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Für eine sozial gerechte Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft fordern wir:

1. Stärkung der Sozialpartnerschaft

30 Nur durch ständigen Austausch und Kooperation der Sozialpartner können die
für die Transformation nötigen Qualifizierungsbedarfe festgestellt, können sie
in die Gremien der Selbstverwaltung getragen und können die entsprechenden
Berufsbilder nach dem Leitbild „Gute Arbeit“ hinreichend attraktiv gestaltet
werden. Das gilt auch auf betrieblicher Ebene: Mitbestimmte Betriebe sind wirt-
35 schaftlich erfolgreicher, bieten mehr Geschlechtergerechtigkeit und investieren
mehr in ihre Zukunft.

Das Land Bremen muss seinen Beitrag zum Stopp der Tariferosion leisten. Der
Parteitag fordert den Senat auf, zügig eine Ausweitung der Tariftreuepflicht für
öffentliche Aufträge auf den Weg zu bringen. Aus- und weiterbildende Betriebe
40 sollen künftig bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Der Parteitag begrüßt die Initiative des Bundesarbeitsministers, den Straftatbe-
stand Behinderung von Betriebsratswahlen künftig als Officialdelikt bereits von
Amtswegen zu verfolgen. Nur Unternehmen mit ausbeuterischen Geschäfts-
modellen können Interesse an der Verhinderung einer Arbeitnehmer:innenver-
45 tretung haben.

2. Fokus auf Qualifizierung – Bremen als Land der Weiterbildung

Die Bremer Aufstiegsprämie und der Bremer Qualifizierungsbonus sind erfolg-
reiche Aufstiegsförderungen für Bremer:innen, die wir fortsetzen wollen.

50 Rückenwind kommt aus dem Bund: Der Koalitionsvertrag der Ampel sieht vor,
in der Arbeitsvermittlung den Vorrang von Vermittlung in (prekäre) Beschäfti-
gung vor Qualifizierung zu streichen. Darüber hinaus sollen die Arbeitsagentu-
ren künftig auch als Qualifizierungsberatung tätig sein und eine Bildungsteilzeit
soll eingeführt werden. Schließlich will der Bund den Bremer Qualifizierungsbo-

55 nus künftig als gesetzliche Regelförderung für Arbeitslose übernehmen („Weiterbildungsgeld“), sodass die Bremer Landesmittel frei werden und neu verwendet werden können.

Aufbauend auf dieser Ausgangslage wollen wir Bremen zum Land der Weiterbildung machen.

60 Dazu soll die neu gegründete Landesagentur für Weiterbildung Programme für das Nachholen von Berufsabschlüssen (Externenprüfung) und zugehörige Unterstützungskurse konzipieren und finanzieren. Neben der Übernahme bereits bestehender erfolgreicher Programme wie „Frauen in IT“ fordern wir, dass Schwerpunkt der Landesagentur die Erstellung von Konzepten wird, um Bremer:innen breitere Zugänge zu Qualifizierung zu eröffnen und insbesondere für
65 den klimabedingten Strukturwandel zu qualifizieren.

Zu diesem Zweck definiert die Landesagentur Schwerpunktbranchen des Strukturwandels. Diese Schwerpunktbranchen sollen aufgrund von Analysen zu Beschäftigungsverlusten durch Dekarbonisierung, aber auch durch Digitalisierung
70 (z.B. Automobilproduktion, Einzelhandel, Häfen) ausgewählt werden. Für die dortigen Beschäftigten soll die Landesagentur Qualifizierungspläne erstellen.

Eine Möglichkeit, diese Qualifizierungspläne umzusetzen, ist die Gründung einer Transitions-gesellschaft, wie sie auch im Abschlussbericht der Klima-Enquete vorgeschlagen wird. Ziel ist es, Beschäftigten in Branchen mit Arbeitsplatzverlusten berufliche Neuorientierung, Weiterbildung und damit berufliche Umstiege auf hohem qualitativen Niveau zu ermöglichen.
75

Die Transitions-gesellschaft finanziert sich insbesondere als von der Bundes-agentur für Arbeit zertifizierte und finanzierte FbW-Maßnahmen (Förderung der beruflichen Weiterbildung). Das Land Bremen stockt das Arbeitslosengeld mit
80 einem Qualifizierungsbonus von 150 Euro im Monat auf. Um Arbeitslosigkeit

von vornherein zu vermeiden, ist der Zugang auch für von Arbeitslosigkeit bedrohte Beschäftigte sicherzustellen.

Um den zu hohen Anteil von Bremer:innen ohne Berufabschluss zu senken und zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir Bremens bereits hohes Niveau an Qualifizierung von Arbeitslosen ohne Berufsabschluss weiter ausbauen. Wir wollen den Bremer Qualifizierungsbonus künftig allen Beschäftigten ohne Berufsabschluss gewähren, die diesen nachholen. Damit möglichst viele Beschäftigte hiervon profitieren können, fordern wir vom Bund, dass im Rahmen der künftigen „Bildungsteilzeit“ Weiterbildung in laufender Beschäftigung künftig nicht mehr von der Zustimmung des Arbeitgebers abhängt, sondern auch auf Eigenwunsch der/des Beschäftigten zustande kommen kann.

3. Erstausbildung nicht aus dem Blick verlieren

Nicht aus dem Blick verlieren dürfen wir den Wert der Erstausbildung. Eine erfolgreiche Bildungs- und Erwerbskarriere nach dem allgemeinbildenden Schulbesuch startet mit dem Berufsabschluss. Die Jugendberufsagentur muss nahtlos alle jungen Menschen am Übergang von Schule und Beruf erfassen und kontaktieren, um sie in Ausbildung zu vermitteln und zur Ausbildung zu motivieren. Die Zielsetzung des Programms Ausbildung:innovativ, mit der mehr Unterstützung für die Berufsorientierung/-wahl, die Einstiegsqualifizierung und assistierte Ausbildung vorgesehen ist, geht in die richtige Richtung. Dabei ist ein besonderer Fokus auf die Chancen im Handwerk zu legen, wo der Fachkräftemangel durch den Ausbau der erneuerbaren Energien noch zunehmen wird.

Die Ausbildungsplätze des vom Land Bremen finanzierten Programms „Ausbildungsgarantie“ wollen wir künftig stärker auf klimaschutzrelevante Berufe mit Fachkräfteengpässen ausrichten.

Um die Zahl der Ausbildungsabbrüche zu verringern, wollen wir die Schulsozialarbeit (Projekt „Bleib dran!“) an allen Berufsschulen etablieren.

Um mehr Alleinerziehende für einen Ausbildungsberuf zu gewinnen, muss der Ausbau von flexiblen Betreuungsangeboten (Betriebsnah auch im Schichtbetrieb) für Kinder vorangetrieben werden. Die 2021 eingeführte Bevorzugung von Alleinerziehenden bei der Vergabe von Betreuungsplätzen ist ein wichtiger Schritt. Zurzeit wird deren Umsetzung jedoch nicht transparent überprüft. Wir fordern eine systematische Erfassung des Status der Alleinerziehenden im neuen Anmeldesystem der Kindertagesbetreuung und eine transparente Berichterstattung über die Versorgungsquote von Alleinerziehenden. Wer eine Ausbildung machen möchte, aber keinen Betreuungsplatz findet, muss zudem durch eine Anlaufstelle bei der Behörde eine Unterstützung bekommen können.

Die Attraktivität einer Berufsausbildung macht sich auch an der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung fest. Wir wollen die sozialen Angebote für Studierende und für Auszubildende deshalb gleichstellen. Bremen gewährt bereits das Begrüßungsgeld für Studierende auch für Auszubildende. Bremens erstes Azubi-Wohnheim sowie das Jugendticket, das auch Auszubildenden zusteht, sind die nächsten Schritte. Sie wollen wir zügig an den Start bringen.

Nicht zu übersehen ist aber auch der Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen trotz des steigenden Fachkräftemangels. Wir fordern daher zügig die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Ausbildungsfonds, um Ausbildungsbetriebe und Auszubildende während der Ausbildung zu unterstützen und das Ausbildungsplatzangebot zu erhöhen.

Im Transformationsprozess kommt der beruflichen Erstausbildung auch in nicht unmittelbar klimaschutzrelevanten Berufen eine zentrale Rolle zu. Denn hier

werden zentrale Kompetenzen für nachhaltiges Wirtschaften und Arbeiten vermittelt. Dafür müssen wir ökologische und soziale Nachhaltigkeit zum Bestandteil der beruflichen (Erst-)Sozialisation machen. Wir brauchen eine Strategie für die berufliche Erstausbildung für nachhaltige Entwicklung, die auf einen digitalen und grünen Wandel abzielt. In einem ersten Schritt ist eine Anpassung der Rahmenpläne für Ausbildungsberufe, für die eigene Bremer Rahmenpläne erstellt und erlassen werden, denkbar.

Für eine erfolgreiche Berufsausbildung müssen wir aus Corona lernen und für künftige Pandemien gewappnet sein. Dazu fordern wir: (1) die Digitalisierung der Berufsschulen muss mit höchster Priorität vorangetrieben werden, damit Unterricht nicht nur in der Schule stattfinden muss. (2) Auch Prüfungstermine und Ausbildungsdauer müssen flexibel an die Rahmenbedingungen angepasst werden können. (3) Für Berufsbilder, in denen Pandemiebedingt keine praktische Ausbildung stattfinden konnte (z.B. Hotel- und Gastro), hat Bremen bereits Verantwortung übernommen und Ausbildungsverbünde sowie außerbetriebliche Arbeitsplätze mit Hilfe der Ausbildungsgarantie eingerichtet. Diese Maßnahmen müssen im Pandemiefall unmittelbar zur Verfügung stehen. Außerdem fordern wir eine Prüfung, ob diese Maßnahmen für alleinerziehende und/oder beeinträchtigte Ausbildungswillige auch außerhalb einer Pandemie zur Verfügung stehen können.

4. Finanzierungsinstrumente bereitstellen: Klimaschutz und Qualifizierung benötigen Investitionen

Vor dem Hintergrund der u.a. von der Enquetekommission ermittelten Investitionsbedarfe in den Klimaschutz im Land Bremen fordern wir eine Öffnung des Kreditaufnahmeverbots („Schuldenbremse“) für volkswirtschaftlich rentable Investitionen (z.B. in Bildung, Forschung und Dekarbonisierung) im Rahmen eines spezifisch definierten Investitionsprogramms.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A01
---	------	-----

Weil es ohne die nötigen Fachkräfte kein Gelingen der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen geben kann, muss auch die Finanzierung von Qualifizierung als Zukunftsausgabe ermöglicht werden. Als Sofort-Maßnahme fordern wir, dass auch aus dem Bremer Mitteln des „Handlungsfeldes Klimaschutz“ Qualifizierungsmaßnahmen finanziert werden.

165

Sicherer, leiser, sozial gerechter:

Tempo 30 flächendeckend in den Quartieren einführen

- 5 Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, zeitnah die im Koalitionsvertrag vereinbarte Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu verabschieden, die den Kommunen die Ausweitung von Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften ermöglichen soll. Der Parteitag bittet die beiden sozialdemokratischen Bremer Bundestagsabgeordneten sowie den Senat, sich für entsprechende Beschlussfassungen von Bundes-
- 10 tag und Bundesrat einzusetzen.

Der Parteitag fordert den Senat auf, nach Inkrafttreten der StVO-Novelle Tempo 30 flächendeckend in den Quartieren einzuführen. Es sind Ausnahmen zu definieren, um das Abfließen des Verkehrs aus der Stadt und die effiziente Abwicklung von Wirtschafts-

15 verkehren zu gewährleisten (zum Beispiel für Ausfallstraßen / LKW-Führungsnetz, Industriegebiete).

Die „Glocke“ beim Umbau der Domsheide schützen!

Die SPD Bremen-Stadt spricht sich für einen Umbau der Domsheide aus, der auch die
5 Bedarfe der Glocke bestmöglich berücksichtigt. Deshalb muss es neben der Herstellung
von Barrierefreiheit und Leistungsstärke des ÖPNV auch darum gehen, die Domsheide
und insbesondere den Vorplatz der Glocke städtebaulich ansprechender zu gestalten,
Lärmimmissionen für die Glocke zu reduzieren und die Gleise so weit wie möglich von
der Glocke abzurücken. Diese Ziele wären aus Sicht der SPD Bremen-Stadt am besten
10 mit einer Bündelung aller Haltestellen in der Balgebrückstraße zu erreichen. Der Partei-
tag fordert den Senat auf, die verkehrstechnischen Voraussetzungen und die Umbauer-
fordernisse für diese Variante schnell zu ermitteln und damit Entscheidungsreife her-
zustellen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Mehr Respekt für anstrengende Arbeit:

Beschäftigte bei Paketdiensten anständig bezahlen, Subunternehmertum verringern,

5 **Arbeitsbedingungen verbessern und deren Einhaltung kontrollieren**

Der Parteitag möge beschließen:

1. Für die Beschäftigten in der Paketzustellung muss mehr als der vorgesehene Mindestlohn von 12 Euro gezahlt werden. Die Tarifvertragsparteien werden ge-
10 beten, entsprechend tätig zu werden und mit Zustimmung des Bundesarbeits-
ministeriums einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu vereinbaren. Die Ein-
haltung ist zu kontrollieren.
2. Die Scheinselbständigkeit muss unterbunden werden. Auch hier muss die Kon-
trolle verstärkt werden.
- 15 3. Die Auslagerung an Subunternehmen muss schrittweise verringert werden.
4. Die Arbeitsbedingungen sind zu verbessern: Einhaltung der geltenden Ober-
grenzen des Arbeitszeitgesetzes, Begrenzung der Anzahl der täglich auszulie-
fernden Pakete und ein Höchstgewicht von 15 kg.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A07
---	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Finanzierung von Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung

- 5 Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss durch Einführung der Bürgerversicherung sowie durch höhere Steuerzuschüsse gestärkt werden.

Die Behandlungspflege in stationären Einrichtungen ist in einem höheren Umfang aus der Krankenversicherung zu finanzieren und die Länder müssen sich an den Investitionskosten beteiligen. Die Eigenanteile der Patient:innen in der vollstationären Pflege

- 10 sind sozial gestaffelt zu deckeln.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A08
---	------	-----

Hygienecenter am Hauptbahnhof einrichten

Wir fordern die Einrichtung eines Hygienecenters für Menschen in prekären Lebenslagen in der Nähe des Bremer Hauptbahnhofes. Anlieger, Trägervereine sowie der Beirat
5 Mitte sind vorab entsprechend zu beteiligen.

Das Hygienecenter sollte ähnlich des bereits bestehenden Modells am Bahnhof Zoo in Berlin unter Mitfinanzierung der Deutschen Bahn über kostenfrei zu nutzenden Toiletten und Duschen verfügen. Die Toiletten sollen dabei mindestens bis 22 Uhr geöffnet sein und dauerhaft durch einen Reinigungs- bzw. Sicherheitsdienst betreut werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A09
---	------	-----

Gustav-Deetjen-Tunnel endlich erweitern

Der Gustav-Deetjen-Tunnel muss endlich jeweils eine Spur für Passanten und Radfahrer/innen auf beiden Seiten des Tunnels erhalten.

Die Beleuchtung im Tunnel muss verbessert werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A10
---	------	-----

Städtepartnerschaft mit Odessa

- Die SPD Bremen bittet den Senat, als Zeichen seiner Solidarität mit der ukrainischen
- 5 Bevölkerung einer ukrainischen Hafenstadt, z.B. Odessa, eine Städtepartnerschaft anzubieten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A11
---	------	-----

Die Umweltsenatorin soll besser informieren!

- Der SPD-Ortsverein Schwachhausen-Nord fordert eine regelmäßige Information der
- 5 Öffentlichkeit über die Ergebnisse der naturschutzfachlichen Begleitung beim Bau der Fernwärmeleitung vom Heizkraftwerk über die Universität und Schwachhausen in die Vahr.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A13
---	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Bremer HAG-Quartier kulturell wiederbeleben!

Die SPD Bremen-Stadt begrüßt die Idee eines soziokulturellen Zentrums auf dem Kaffee-
5 HAG-Gelände und spricht sich dafür aus, durch Verhandlungen und Rahmensetzungen
den Weg dafür frei zu machen.“

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A14
---	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Antisemitische Vorfälle an Schulen konsequent erfassen

- 5 - Das Land Bremen soll mit allen relevanten jüdischen und nichtjüdischen Akteur:innen ein Meldesystem für Antisemitismus insbesondere an Schulen entwickeln. Als Orientierung und Vorbild kann hier die “Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin” dienen.
- 10 - Eine stärkere Sensibilisierung und verpflichtende Veranstaltungen zur Weiterbildung. Alle Lehrkräfte müssen über Erscheinungsformen von Antisemitismus und Handlungsoptionen zum Umgang und zur Prävention geschult sein.

Der Landesparteitag möge beschließen

Der Bundesparteitag möge beschließen

Das Internet vergisst nicht, aber Accounts können gelöscht werden

- 5 Plattformbetreiber sollen künftig verpflichtet werden, Konzepte des “Digitalen Vergessens” in ihre Arbeit einzubinden. Neben einer verpflichtenden Option, bestimmten Daten durch die Nutzer:innen ein Lösungsdatum zuweisen zu können, sollen die Plattformbetreiber, nach bestimmten Zeiten der Nicht-Nutzung, einen Account löschen müssen.

10

Das Digitale Vergessen sollte sich dabei zumindest in zwei Schritten darstellen:

1. Frontend-Löschung

15 Im ersten Schritt muss ein Plattformbetreiber die Auffindbarkeit des Profils einschränken. Nach einer angemessenen Zeit (bspw. 3 Jahren) ohne Anmeldung oder Nutzung eines Accounts muss das Profil deaktiviert werden. Sofern die Plattform dies ermöglicht, sollte der:die Nutzer:in das Profil jederzeit wieder aktivieren können. Vor einer Deaktivierung ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren, einschließlich eines Hinweises auf eine vollständige Löschung des Accounts durch den:die Nutzer:in.

20

2. Backend-Löschung

25 Im zweiten Schritt sollen Plattformbetreiber künftig verpflichtet sein, alle Daten eines:einer Nutzer:in zu löschen. Dies muss automatisiert nach einer angemessenen Frist (bspw. 15 Jahre) ohne Zugriff des:der Nutzer:in erfolgen. Vor einer Löschung ist der:die Nutzer:in durch die Plattform zu informieren.

Opt-Out:

30 Die Plattformen können den Nutzer:innen verschiedene Optionen anbieten, um eine Deaktivierung/Löschung auszuschließen. Eine Möglichkeit sind sogenannte Gedenkseiten, bei denen die Profile der Nutzer:innen in ein digitales Kondolenzbuch verwandelt werden, oder dass der Zugriff, und damit die Entscheidungshoheit, auf Angehörige/Vertrauensperson übertragen werden kann, wenn die registrierte Person verstirbt.

35 Neben der automatisierten und zeitgebundenen Löschung muss auch das Recht der Nutzer:innen auf ein selbstbestimmtes Löschen gestärkt werden. Auch wenn es inzwischen einen Rechtsanspruch auf Datenlöschung gibt, ist dieser Weg häufig praktisch versperrt. Wir fordern die Plattformen dazu auf, mit dem nötigen Personal für eine vollständige Umsetzung der informationelle Selbstbestimmung Sorge zu tragen.

40

Der Landesparteitag möge beschließen

Kreislaufwirtschaft zur bremischen Praxis machen

Wir fordern:

- 5 ▪ Bremen soll regelmäßig eine detaillierte und umfassende Abfallbilanz erstellen, aus der hervorgeht, wie sich einzelne Stoffströme in Bremen im Zeitverlauf entwickelt haben und wie diese verwertet wurden. Um die derzeitigen großen Erfassungslücken bei den gewerblichen Abfällen zu schließen, sollte sich der Senat im Bund für eine Schärfung der rechtlichen Vorschriften zur statistischen Erfassung gewerblicher Abfälle einsetzen.
- 10 ▪ Stadt und Land sollen beim öffentlichen Beschaffungswesen - so weit wie möglich und finanziell vertretbar - nur solche Produkte kaufen, die recycelt oder wieder recycelbar sind.
- In der Bauleitplanung soll die Verwendung nachhaltiger Elemente (z.B. Holz oder recycelter Beton) weiter ausgeweitet werden.
- 15 ▪ Bremen soll ein Materialkataster prüfen, das aufführt, welche Baustoffe wo verwendet wurden. Dies soll zunächst für Neubauprojekte gelten. Bestehende Infrastrukturen für Tauschen und Teilen wie z.B. das Schwarze Brett auf bremen.de sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden.
- Dringender Handlungsbedarf besteht darin, die niedrigen Recyclingquoten bei gewerblichen Abfällen zu steigern. Dazu muss vor allem die Einhaltung der schon geltenden Vorschriften besser kontrolliert werden.
- 20 ▪ Um die das Recycling und die Wiederverwendung zu stärken, sollte die getrennte Sammlung von Abfällen seitens der Bremer Stadtreinigung weiter verbessert werden. Dabei sind insbesondere bei den Großwohnanlagen gemeinsam mit den Wohnungs-
- 25 bauunternehmen neue Konzept zu entwickeln.
- Das Land Bremen soll eine Kreislaufwirtschaftsstrategie auflegen, die diese Forderungen vereint und sie stetig weiterentwickelt. Wir wollen Bremen und Bremerhaven zu „circular cities“ umbauen und zu Leuchttürmen von Ressourceneffizienz machen – kommunal, wirtschaftlich und gesellschaftlich!
- 30 ▪ Die Stadt Bremen soll konkrete Modellprojekte umsetzen, darunter:
- Umsetzung eines Mehrwegsystems im Viertel.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A16
---	------	-----

- Ausweitung der Repair-Cafés auf Quartiere mit niedrigem Durchschnittseinkommen wie Gröpelingen, Neue Vahr, Tenever. Dies kann ergänzt werden durch Reparaturgutscheine, deren Finanzierbarkeit in Bremen ist zu prüfen.
- 35
▪ Bürger:innen-Gärten als Bestandteil der Quartiersentwicklung nach Vorbild von Tenever.

Der Landesparteitag möge beschließen

Männer unterrichten nicht? Für ein inklusives Schulsystem, das alle mitnimmt!

Wir bekennen uns zum Ziel, den Anteil der absoluten Bildungsverlier:innen (also Men-
5 schen, die die Schule ohne Abschluss verlassen) in den nächsten Jahren mindestens zu
halbieren. Dafür brauchen wir eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse
in besonders betroffenen Stadtteilen, um Problemlagen abzumildern und die Rahmen-
bedingungen der Schüler:innen zu verbessern. Dies lässt sich nur durch gezielte sozial-
politische Maßnahmen und eine linke Stadtentwicklung bewerkstelligen. In der Bil-
10 dungspolitik benötigen wir darüber hinaus eine geschlechtersensible Herangehens-
weise: Unsere Schulen sollen ein diverses und modernes Bild von Männlichkeit vermit-
teln – mit genug Männern, die dieses Bild vorleben können. Realistische Bilder von
Männlichkeit lassen sich nicht einfach über einen Bildungsplan vermitteln. Wir wollen
einen höheren Anteil von männlichen Lehrkräften erreichen und darüber hinaus grund-
15 sätzlich mehr Diversität im Lehramt fördern.

Die Abwesenheit von männlichen Vorbildern im Bildungswesen und generell im ge-
samtten Care-Bereich führt zu einem Teufelskreis, da die diese Berufe so erst recht als
“Frauenberufe” gesehen werden. Diesen gilt es, durch gezielte Maßnahmen zu durch-
20 brechen, um auch in diesem Bereich Geschlechtergerechtigkeit herzustellen.

Deshalb fordern wir:

- Gemeinsam mit den Schulen sollen diversitätsorientierte Steuerungsinstru-
mente (bezogen auf Geschlecht, Herkunft, Sprache etc.) für Personalentwick-
25 lung konzipiert werden, die insbesondere das Ziel eines ausgeglichenen Ge-
schlechterverhältnis berücksichtigen. Es sollen klare Diversitätsziele gesetzt
werden, deren (Nicht-)Erreichen nach einem vorher klar bestimmten Zeitraum
geprüft wird. Die Gründe für das Nicht-Erreichen dieser Ziele müssen ausrei-
chend evaluiert werden, um ggf. die Ziele anzupassen.

- 30
- Eine umfassende Kampagne, mit dem Ziel mehr Männer für Berufe im Bildungsbereich zu gewinnen. Insbesondere müssen neue Lehrer und männliche Fachkräfte in Kitas gewonnen werden.
 - Gerade bei der Zulassung zum Grundschullehramtsstudium müssen verstärkt nicht benotete Qualifikationen (z.B. Erfahrung bei der Betreuung von Kin-

35

 - dern/Jugendlichen, Herkunft, Sprache etc.) berücksichtigt werden.

Dies soll begleitet werden durch geschlechtersensible Bildungsangebote, die die Unterschiede von Jungen und Mädchen anerkennen und mit diesen Unterschieden arbeiten

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A20
---	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Buten un binnen – Gewalt darf nicht gewinnen!

Flächendeckende Umsetzung von Maßnahmen zur Prävention von Gewalt gegen

5 **Frauen in bremischen Schulen**

Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, Inhalte des Projekts „buten un binnen – Gewalt darf nicht gewinnen!“ des Landesfrauenrats Bremen flächendeckend an den Grundschulen im Land Bremen umzusetzen, die entsprechenden Inhalte als
10 Fortbildungen im Landesinstitut Schule anzubieten und das Projekt in eine Gesamtstrategie zur Prävention von Gewalt gegen Frauen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen einzubinden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A21
---	------	-----

Paritätische Liste für die Bürgerschaftswahlen

5 Der UB-Parteitag fordert die Mandatskommission auf, beginnend mit den Bürgerschaftswahlen 2023, einen paritätischen Listenvorschlag im Reißverschlussverfahren für Nominierungsparteitage zu erarbeiten. Der Listenvorschlag endet, sobald kein Nominierungsvorschlag für ein Geschlecht mehr vorliegt.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A22
---	------	-----

Der Landesparteitag möge beschließen

Finanzielle Absicherung der Erzieher:innen-Ausbildung in Teilzeit

- 5 Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, zum nächsten Schuljahr ein Finanzierungsmodell für die Aus- / Weiterbildung zum Erzieher:innenberuf in Teilzeit zu entwickeln, das eine finanzielle Absicherung von 800 Euro pro Monat für die Teilzeit-Auszubildenden vorsehen soll.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A23
---	------	-----

Atomenergie ist keine Abkürzung zur Klimaneutralität

Die SPD möge auf dem Unterbezirksparteitag feststellen, dass Atomkraft, gewonnen
5 durch Kernspaltung, weder eine Alternative noch eine Brückentechnologie zur regenerativen Energiegewinnung darstellt, um Klimaneutralität zu erreichen.

Der Landesparteitag möge beschließen

**Klimafreundliche Pendlerverkehre im Bremer Osten -
Mit Werksbussen von der S-Bahn entspannt und zügig zum Arbeitsplatz**

5

1. Der Senat wird gebeten gemeinsam mit VBN, ZVBN und mit ausgewählten größeren Arbeitgebern im Bremer Osten unter Begleitung der Arbeitnehmervertretungen bis Ende diesen Jahres auf der Grundlage des derzeitigen Mobilitätsverhalten der Beschäftigten Möglichkeiten auszuloten, wie und mit welchen Mitteln/Maßnahmen konkret die An- und Abreise der Beschäftigten in Richtung Umweltverbund (insb. SPNV/ÖPNV) verlagert werden kann (z. B. mit Werksbussen auf der Strecke von SPNV-Haltepunkten im Bremer Osten zu umliegenden Arbeitsplätzen im Rahmen eines Pilotbetriebes)

10

2. Um den Pendelnden ausreichende und attraktive Abstellmöglichkeiten für Autos, Fahrräder und E-Bikes am SPNV-Haltepunkt in deren Wohnortnähe anzubieten, wird der Senat gebeten unter Einbeziehung des ZVBN, der LNVG und des Kommunalverbundes Kontakt mit den jeweiligen niedersächsischen Gemeinden aufzunehmen und mit ihnen zu prüfen, wie unter Einbeziehung von Landes- sowie EU-Fördermitteln die Abstellkapazitäten erweitert werden können.

15

20

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A26
---	------	-----

Keine Ressourcenverschwendung und Umweltbelastungen durch Kryptowährungen wie Bitcoin

- 5 Die SPD Bremen-Stadt fordert ein Ende der Ressourcenverschwendung durch das Berechnen von elektronischen Währungen und weiteren Anwendungen der Blockchain-Technologien. Die Landesregierung Bremen, die Mitglieder des Parteivorstands, die Mitglieder der Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, sich in allen geeigneten politischen Gremien dafür einzusetzen, dies zu beenden.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A18
---	------	-----

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

E-Roller-Chaos auf Bremens Bürgersteigen und Gehwegen beenden

Die bisherige Praxis der E-Roller Betreiber, freiwillige Selbstverpflichtungserklärungen gegenüber den Kommunen abzugeben, für eine geordnete Nutzung der E-Roller zu sorgen, reicht nicht!

Wir fordern deshalb die SPD-Fraktion auf, sich in Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung dafür einzusetzen, dass mit den E-Rollerbetreibern klare und transparente Sondernutzungsrechte für feste Mietplätze und feste Abstellplätze vereinbart werden. Das derzeitige chaotische Abstellen und Ablegen der E-Roller auf den Bremer Bürgersteigen und Gehwegen muss ohne gerichtliche Aufforderung beendet werden. So wie es zurzeit ist, kann es nicht bleiben.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 02. April 2022	2022	A24
---	------	-----

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion mit der Aufforderung, die aufgeführten Beiräte mit geeigneten Formaten in die Debatte miteinzubeziehen

Quartiersgaragen bauen und ein Stufenkonzept für StVO-konformes Parken entwickeln

5

1. Der Senat wird gebeten, gegen aufgesetztes Parken ein Stufenkonzept zu entwickeln, mit den Beiräten abzustimmen und straßenabschnittsweise umzusetzen. Durch straßenabschnittsweises Vorgehen soll StVO-konformes Parken schrittweise, geordnet und für Autofahrende besser planbar umgesetzt werden.

10

2. In einem ersten Schritt soll dazu auf der Basis der Kartierung „Parken in Quartieren“ ein Stufenkonzept für die innenstadtnahen Quartiere der Stadtteile Neustadt, Walle, Mitte, Findorff, Schwachhausen und Östliche Vorstadt so realisiert werden, dass gleichzeitig in mehreren, aber sich nicht beeinflussenden Aktionsbereichen das Parken nach und nach durch geeignete Maßnahmen, wie Beschilderung, Information und begleitende Verkehrsüberwachung, StVO-konform realisiert wird.

15

3. Als Ausgleich für einen Teil der wegfallenden „Parkplätze“ wird der Senat aufgefordert, für die sechs innenstadtnahen Stadtteile ein Quartiersgaragenkonzept unter Mitwirkung der Beiräte bis Herbst 2022 zu entwickeln und die Planung und den Bau der ersten Quartiersgaragen Anfang 2023 öffentlich auszuschreiben. Dazu sollen z. B. brachliegende oder öffentliche oder auch zum Parken bereits genutzte (private) Grundstücksteile geprüft werden.

20

4. Ergänzend wird der Senat gebeten, ab sofort zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Parkdruck in den besonders belasteten Quartieren zu reduzieren. Dazu zählen:

25

- a. Carsharing weiter ausbauen und deutlich stärker bewerben,
- b. Anreize für den Umstieg auf Carsharing und ÖPNV entwickeln und umsetzen
- c. Strategien entwickeln, um bestehende (halb-) öffentliche oder private Parkflächen effizienter nutzen